

HELGA GREBING

## Was geht uns Berlin an?

Ich bin in den letzten Tagen mehrfach gefragt worden, was mich bewogen hat, an diesem Ort und eingeladen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sprechen; offensichtlich vermutete man einen Zusammenhang mit den gegenwärtigen politischen Turbulenzen in Berlin. Letzteres wäre eine Fehleinschätzung: So schnell sind wir denn doch nicht. Aber als wir im Februar die heutige Veranstaltung absprachen, habe ich meine Zusage gegeben, weil mir die Zeit gekommen schien – nach zehn Jahren –, die Kommunikation mit den auf Sacharbeit konzentrierten, zivilgesellschaftlich-demokratisch orientierten Teilen der PDS zu entkrampfen. Die Brücke dazu bildete für mich die Stellungnahme zur Zwangsvereinigung, und ich hoffe, diese Brücke betreten noch mehr.

Und warum ein Vortrag vor der Rosa-Luxemburg-Stiftung? *Rosa Luxemburg* gehört bekanntlich niemandem; aber sie gehörte die längste Zeit ihrer politischen Arbeit in Deutschland zur Sozialdemokratischen Partei. Diese hat dies zwischendurch über weite Strecken ihrer Geschichte vergessen. Bei KPD und SED hat *Rosa Luxemburg* mit Unterbrechungen allerdings auch keine Akzeptanz und manchmal sogar wütende Ablehnung gefunden. Das änderte sich dann, und die PDS konnte wenigstens *Rosa Luxemburg* betreffend, ein gutes Erbe antreten. Und irgendwie stimmt es dann, wenn Arbeitnehmer in Ost und West, heute befragt, gemeinsam die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung durch *Rosa Luxemburg* und *Willy Brandt* personifiziert sehen.

Als ich 1995 das ›Göttinger Sudelblatt‹ »Was geht uns Berlin an?« veröffentlichte, war es meine auch so ausgesprochene Absicht, scharf, dennoch gegenüber meiner Vaterstadt nicht ganz unliebenswürdig, »die traditionalistische Gestaltung unserer Hauptstadt« zu kritisieren. Mich ärgerte die Geschichtsblindheit, das heißt die Ahnungslosigkeit der beauftragten, ernannten oder sich selbst ernennenden Bauherren jedweder Herkunft gegenüber den besseren Traditionen der Deutschen. Die krampfhafteste Identitätssuche für eine angeblich neue oder doch erneuerte Republik, die sich die ›Berliner‹ in Abgrenzung von der ›Bonner‹ nennen sollte, schien mir in Richtungen zu weisen, die diesen besseren Traditionen nicht entsprachen, ja die mühsam erarbeitete historisch-politische Substanz der sogenannten Bonner Republik gefährden konnten. Heute wie damals nehme ich nicht in Anspruch, etwas von Architektur und Baugeschichte zu verstehen, heute wie damals treibt mich vielmehr von einem kultur- und emanzipationsgeschichtlichen Ansatz die Sorge um, die Bundes-

Helga Grebing – Jg. 1930 in Berlin, emerit. Professorin für Geschichte mit dem Schwerpunkt Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, lebt als Publizistin in München, bis 1995 Leiterin des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum; Lehr- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, letzte größere Publikation: *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland* (Hg. und Mitautorin), Essen 2000.

hauptstadt werde einseitig historisiert, und dies könne die demokratische Identität der Republik beeinträchtigen.

Die falschen Richtungen schlugen sich meines Erachtens ach so sinnlich nachvollziehbar in der Beflissenheit nieder, Architektur als Gestalterin, wenn nicht gar Herstellerin von Herrschaft zu nutzen, wobei nicht unterstellt werden soll, daß diese selbst sich gerne so beneutzen läßt; aber abwegig ist es wohl nicht, so zu denken. Es gibt ja viele Beispiele, alte, urälteste und ganz neue für die Herrschaft legitimierende oder auch delegitimierende Funktion von Architektur. Da wir wissen, daß auch Demokratie Herrschaft ist, muß man diese Wasserträger-Funktion der Architektur nicht nur in Diktaturen oder diktaturnahen Herrschaftsformen angesiedelt sehen. Es ist schon viel darüber geredet worden, wie das denn geht: »Demokratie als Bauherrin«? Der Triumphbogen in La Defense des *François Mitterrand* vermochte nur dem Schein nach Herrschaft, Demokratie und Architektur zu einer überzeugenden Synthese zu bringen: *Mitterrand* war eben viel zu sehr der Repräsentant elitärer Herrschaft in quasi demokratischer Behausung.

Da könnte Berlin ein besseres Beispiel abgeben, oder muß man sagen: hätte abgeben können? Fünf Jahre nach Erscheinen des ›Sudelblattes‹ habe ich, angefragt und angeregt von den Veranstaltern dieses Symposions, die Fragestellung wieder aufgenommen, wiederum halb neugierig, halb besorgt wie damals (und ich zitiere mich): »Warum so skeptisch? ›Die Welt blickt auf diese Stadt‹ und sieht – projiziert in die konkrete Zukunft: Dome, Kirchen, Hotelpaläste, Armeegenerals- und Fridericus-Rex-Denkmäler, Regierungs- und Unternehmenskathedralen und andere Prunkbauten der noch nicht definierten allerneuesten Moderne. Wo aber findet die Welt die Stätten und Stützen demokratischer Zivilisation? Eben darum skeptisch. Aber auch hoffnungslos?«

Die alte Frage gibt fünf Jahre später neue Fragestellungen auf: »Wieviel Vergangenheit brauchen die Deutschen aus Ost und West für ihre vereinte Zukunft?« hat *Bruno Flierl* gefragt, »wieviel durch Krieg und Nachkriegsaufbau verlorengegangene Vergangenheit in der DDR und wieviel gebaute Vergangenheit aus der Zeit der DDR?« Wieviel aber auch von den Beständen der sogenannten Bonner Republik – so schnörkellos und schlicht sie gewirkt haben mag, aber auch angehaucht von der aus Richtung Köln hinüberwehenden Leichtigkeit des linksrheinischen Seins, gelegen am Rhein, dem breiten europäischen Strom; da roch es dann doch schon in den Bonner Gassen nach Bürgerlichkeit, Freiheit, Demokratie, Liberalität, vielleicht sogar ein wenig nach Revolution, und sei es nur dann, wenn der Wind aus dem Westen kam.

Aber wäre das nicht *die* Chance für Berlin, die Stadt mit den prägnanten und eklatanten Zeichen für Ungleichzeitigkeiten in der Gleichzeitigkeit vom Beginn seiner Geschichte an bis heute: für unterschiedliche Erfahrungen und gegensätzliche Vorstellungen – Preußens Gloria, die Goldenen Zwanziger, ›Reichshauptstadt‹ der verbrecherischen nationalsozialistischen Diktatur, einer der Hauptorte der deutschen Arbeiterbewegung als reale Alternative für ein zukünftiges anderes, besseres Deutschland, dann gespalten in ein zwar westgebundenes, in manchem amerikanischer als Amerika aus-

sehendes, dennoch immer kleinkariert werdendes, vom Rest der Welt trotz *Willy Brandt* fast abgeschottetes Insulanercamp und in ein stechschrittartig formiertes, sich balkanisierendes, ›ostweltmuffiges‹ Vorwerk des Spätstalinismus. Wer wundert sich da noch über den Mangel an zukunftsbezogenem, konsensfähigem historischen Bewußtsein in dieser unserer Berliner Republik? Aber dennoch sei noch einmal der Fairneß halber nachgefragt: Berlin hat seit zehn Jahren seine Chance gehabt, hat es diese wahrgenommen oder ist es wenigstens dabei, es zu tun? Was? Die Antwort kann kurz sein: Symbolkraft zu gewinnen für die deutsche Republik des Jahres 1990.

Um dies feststellen zu können, bitte ich, mir auf einem neuerlichen bundesbürgerlichen Spaziergang durch Berlin, genauer zu einigen Objekten und Orten, in denen oder an denen ein neues Berlin zu betrachten sein könnte, zu folgen.

Der *Reichstag* – zugegeben: Heute würde ich nicht mehr sagen, daß der von *Christo* und *Jeanne Claude* verhüllte Reichstag als der mir schönste erscheint, mag er auch eine Kuppel bekommen haben, die man immer noch spöttisch ein flottes Käppi nennen kann. Aber gerade das ist es ja, was das Gebäude um soviel ziviler macht: In langen Schlangen lustwandeln die Bürger und Bürgerinnen nach oben; keine Treppe fordert sie zu der Einsicht oder bloß Anschauung auf, Treppen seien ein Mittel herrschaftsgewohnter oder -beflossener Politik; im Gegenteil: den Volksvertretern wenn nicht real, so doch vorstellbar auf den Kopf spucken zu können, ihnen zuzurufen zu können: Seht nach oben, wir sind das und sogar ein Volk, ist mehr als ein Spaß, kann die Vorstufe zum zivilgesellschaftlichen Ernst sein.

So weit, so wirklich gut. Aber man fragt sich schon, warum das Neu-Sein der Republik sich nur oder doch überwiegend an alten Plätzen zurückliegender Zeiten, mit denen wir doch nichts mehr zu tun haben sollten, zeigen mag. Der Bundestag im Reichstag, nahe der Wilhelmstraße, an den Ministergärten – alles klingende Namen früherer überlebter Gesellschaftssysteme. Doch hat die Republik noch Glück: von einem Bismarck-Denkmal, wie es vor einiger Zeit *Rolf Hochhuth* sich vor dem Reichstag gewünscht hat, sind wir verschont geblieben.

Wenn es wenigstens noch ein überzeugender Arbeitsort für die Abgeordneten wäre: Der Plenarsaal ist viel zu klein, und eng erst recht die Sessel, so daß es sich noch nicht einmal bequem Zeitung lesen läßt, die großen überregionalen schon gar nicht. Die Tribüne für das Volk führt halsbrecherisch und schwindelerregend abwärts. Viel zu viele Potentiale, die ein modernes Parlament braucht, scheinen dezentral ausgelagert. Und noch nicht einmal ein Haus kann der Bundestag des vereinten Deutschland sein eigen nennen, repräsentiert er doch als Bundestag im Reichstag sitzend, wie es heißt, das Volk! Daran ändert auch nichts, daß genau dem Bundeskanzleramt gegenübergestellt wuchtig-trutzig das Paul-Löbe-(Abgeordneten-) Haus, an dessen Frontseite aus Glas sich das Bundeskanzleramt spiegelt, seinen Platz beansprucht, so als würde es das Kanzleramt herausfordernd fragen: ›Wer ist – nein – nicht die Schönste, die Stärkste im Land?‹

Dafür haben wir – die Bürger und Bürgerinnen – ein Haus für unseren Bundeskanzler, das in seiner Ausdehnung, nicht in seiner

Nutzfläche das größte Regierungsgebäude der Welt ist, neben dem das Weiße Haus in Washington wie – so fand ein Betrachter – »die Hütte eines verarmten Baumwollpflückers« wirkt, und der Elysee-Palast, so sah es ein anderer, wie ein »Wochenenddomizil«. Ich will nicht, Sie langweilend, wiederholen, was in den letzten Wochen mehr Kritisches denn Wohlwollendes über das *Bundeskanzleramt* geschrieben worden ist. Sollte es wirklich der mit Wagnerscher Musik audiovisuell unterlegte »Gipfel der Macht, in Beton gegossen« sein, dann reflektiert er hoffentlich nicht »das konkrete Bild der Deutschen Republik« (wie es der Architekt angesagt hat), sondern wäre ein »monumentales Mißverständnis«, bestenfalls »ein wunderschöner Bau für den falschen Zweck«. So sehr der amtierende Bundeskanzler ebenfalls ein Machtmensch zu sein scheint wie sein Vorgänger, so sehr weiß er im Unterschied zu diesem, daß auch ein noch so perfekt wirkender architektonischer Zuschnitt für medienorientierte Politik delegitimierend wirken kann, wenn die Dimensionen nicht mehr stimmen: die Steine und Mauern die Menschen merkwürdig zwerghaft erscheinen lassen.

Tröstlich könnte da allenfalls wirken, daß wir es beim Anblick des Bundeskanzleramtes nicht mit einer der belasteten Traditionslinien der deutschen Geschichte zu tun bekommen, schon gar nicht mit einer Art Bestätigung genuiner NS-Architektur wie beim neu-alten Auswärtigen Amt (*Tilman Buddensieg*). Da waren beim Architekten des Bundeskanzleramtes andere Welten im Spiel: geschöpft, heißt es, aus fünf Jahrtausenden Welt-Bau-Kunst. Von der etwas miefigen Bescheidenheit des Bonner Ambientes hat es wirklich nichts mehr.

Das Bundeskanzleramt, apostrophiert als »Gotteshaus der Macht« und »Kathedrale der Kanzlerdemokratie«, steht nun da als Ausdruck des viel berufenen »Endes der Bescheidenheit«. Um dieses zu relativieren, ruft man nach dem bereits ad acta gelegten »Bürgerforum«. Doch so richtig weiß keiner, was das soll, denkt man doch wieder an Cafés, Museen, Dokumentationsstellen, von denen es in ganz Berlin bereits ausreichend gibt. Vielleicht doch besser, setze ich deshalb frech hinzu, ein Fußballstadion – da könnten Volk und Kanzler beim fröhlichen Spiel sich treffen. Sollte denn nicht, frage ich nun ernsthaft, die Stadtmitte das zivilbürgerliche Leben ausfüllen? Gibt es von diesem Leben nicht Vieles und Ansehnliches bereits in ganz Berlin, wie es der Freizeit- und Spaßgesellschaft gut zu Gesicht steht? Da hat einer die Idee, der nächste 1. Mai sollte vor dem Bundeskanzleramt gefeiert werden und er meint dies ernst im Sinne der Ernsthaftigkeit der Bürgergesellschaft. Aber der 1. Mai in seiner klassischen Bedeutung hat ja schon lange keine Konjunktur mehr, gehört, teilweise jedenfalls, zum Instrumentarium der noch nicht einmal gehobenen Spaßgesellschaft. Und dies gegenüber dem Bundeskanzleramt – das sähe aus wie Politik, Brot und Spiele.

Ach, warum mußte man denn – immer wieder, es ist wie ein Sog, wie ein Wiederholungszwang, wie eine Angst, Neues zu definieren – zurückkehren wollen in den diskreditierten Glanz des Wilhelmissmus, in die angeblich Goldenen Jahre der Weimarer Republik und löscht dabei noch nicht einmal radikal die Spuren der Nazi-Hauptstadt, die ja Berlin auch einmal gewesen ist. Nun haben wir das Bundeskanzleramt, aber stolz sollten wir nicht darauf sein, höch-

stens froh darüber, daß aller Voraussicht nach nicht eines Tages »Café Größenwahn« über der Eingangstür stehen wird.

Wäre da nicht der *Potsdamer Platz* geeignet, das Defizit an demokratischer Bürgerlichkeit anderswo auszugleichen? Der Platz ist mehreres in einem: Er ist der Platz des Sieges des Kapitalismus in Gestalt der Hochhäuser des Kommerz, von denen jedoch keines in Analogie zu New York oder Pittsburgh und anderen Betrachtungsobjekten so recht überzeugen kann – mal hier ein glänzendes Teilstück, dort ein anregender Durchblick, im ganzen eher eine Mustermesse mit Zitaten aus der europäisch-amerikanischen Architektengemeinde. Und er ist der Platz des Konsums mit Kaufkasernen, die man anderswo in Berlin genauso oder sogar gediegener finden kann, und tollen Kinos. Man sieht: Hier gibt es Brot und Spiele satt – nur mit dem Unterschied zu den klassischen Modellen, daß sich das dumme Volk beides selber kaufen muß.

Schließlich soll der Potsdamer Platz offensichtlich eine Erinnerungsstätte sein; aber die Namen von *Marlene Dietrich*, *Fritz Lang* und *Bertolt Brecht* und all der anderen, die die Straßen schmücken sollen, machen das Berliner Mittelmaß auch nicht weltstadtvermutbarer. Der Battery Park von Manhattan, die Londoner Docklands, La Defense in Paris lassen noch nicht einmal von weitem grüßen.

Wenden wir uns der Stadtmitte beziehungsweise der Spreeinsel zu: das alte *Stadtschloß* steht uns da virtuell drohend im Wege. Wer je als Kind durch dieses Gebilde filzlatzschengedämpft marschiert ist, freut sich kindisch zu hören, daß sich das Schloß aus baugeschichtlichen, bautechnischen, funktionellen und finanziellen Gründen nicht wiederherstellen läßt. Ich habe nie verstanden, warum es so viele Anhänger der Idee, das Schloß irgendwie wiederherstellen zu wollen, auch unter den Repräsentanten dieser Republik gibt. Sich das Schloß wiederhergestellt zu wünschen, erscheint mir als der Gipfel der Geschichtslosigkeit. Und ich kann mir ebensowenig vorstellen, daß es ästhetische Gründe für diese Vorliebe geben kann, zumal das quergesetzte Schloß die ganze historische Altstadt abriegelte, Herrschaft und Bürger faktisch und symbolisch voneinander trennte. Dom, Zeughaus, Humboldt-Universität, Neue Wache, Friedrichs Reiterstandbild und dergleichen noch einiges – all das reicht zu einer vernünftigen Traditionspflege; denn ja auch Preußen gehört zu unserer Geschichte, und nicht zu knapp.

Mit Macht soll das Schloß, in welcher (Ver-)Fassung auch immer, in den Rang des gesamt-deutschen Symbols versetzt werden. Man kann es nicht fassen, daß dies ernst gemeint sein soll. Laßt das Schloß doch das Symbol für ein anderes, vergangenes, überholtes, uns absolut fremd gewordenes Gesamtdeutschland preußischer Herkunft gewesen sein! Manchmal könnte man meinen, die Schloß-Befürworter wissen nicht, was sie fordern und würden dies vielleicht nicht tun, wenn sie wüßten, daß die einzige Beziehung des Schlosses zu anderen Strömungen der deutschen Geschichte als der preußischen in die Revolution von 1918/19 verweist: Am 9. November 1918 rief *Karl Liebknecht* vor dem Stadtschloß die ›Sozialistische Republik Deutschlands‹ aus (*Philipp Scheidemann* war ihm im Reichstag mit der Proklamierung der ›freien deutschen Republik‹ zuvorgekommen); Weihnachten 1918 gab es die ersten blutigen

Kämpfe, als die revolutionäre Volksmarinedivision sich weigerte, das von ihr besetzte Schloß zu räumen, und dieses dann durch von *Friedrich Ebert* herbeigerufene Truppen mit Artillerie beschossen wurde.

Auch funktional scheint das Schloß überflüssig zu sein, da es inzwischen zwar den einen oder anderen Vorschlag gibt (›Wissenschaftsmuseum‹, ›Deutsche Nationalbibliothek‹), aber kein wirklich überzeugendes Nutzungskonzept. Auf der gleichen Linie der Anpassung an frühere Zeiten liegt die Gestaltung der Museumsinsel, die ja ein deutscher Louvre zu werden anstrebt und als »geistige Mitte unseres Staates« akzeptiert werden möchte. »Unseres Staates«? Für den kann doch das 19. Jahrhundert nicht das Maß aller Dinge sein!

Nein, danke, so nicht. Deshalb ist die Gestaltung der Stadtmitte vom einstigen Lustgarten bis hin zum Fernsehturm die letzte Chance für und in Berlin, der Welt das demokratische Gesicht unserer neuen, sich vielleicht dauerhaft nach Berlin nennenden Republik zu zeigen. Und dazu gehört der Palast der nicht mehr real existierenden Republik. Bereits 1995 bin ich für seine Erhaltung eingetreten und darf mich deshalb an dieser Stelle zitieren: »Man sollte den Palast erhalten. Wir haben es hier zu tun, ob wir es nun wollen oder nicht, mit einem durchaus ansehnlichen Ausdruck eines Teiles unserer nun gemeinsamen Geschichte, und die muß auch unsere gemeinsame Akzeptanz finden.« (S. 20)

Es ist ein tristes Zeichen für unsere gemeinsame Befindlichkeit, daß nun, fünf Jahre später, dem Palast einerseits immer noch der Abriß droht trotz Asbest-Sanierung, und andererseits ein beflügelndes Nutzungskonzept immer noch auf sich warten läßt. Eines sollte sich inzwischen allerdings herumgesprochen haben: »Erichs Lampenladen« war keine Stätte der Herrschaft, kein Ort der Machtausübung, sondern eher ein Volkshaus, eine Veranstaltungs-, Kongreß- und Kulturhalle, ein Ort, den auch Menschen aus dem Westen gerne aufsuchten, wenn sie dem real existierenden DDR-Volk aufs Maul schauen wollten.

Noch sind nach der Asbestsanierung 50 Prozent des Gebäudewertes erhalten, und wer will, kann darüber nachdenken, ob dies nicht ein Anstoß sein könnte, den ehemaligen Palast der ehemaligen Republik zum Kern des bürgerschaftlichen Gegenstücks zu den Sitzen von Parlament und Regierung als eine den Bürgern der Republik ›gehörende‹ Mitte zwischen Staatsratsgebäude und Lustgarten zu gestalten. Dazu würde es passen, wenn ich meinen Vorschlag von 1995 wiederhole: den Palast der Republik zumindest teilweise zum Haus der Geschichte der freiheitlich-demokratischen Bewegungen in Berlin umzuwidmen, damit er endlich das werden kann, was er nie sein konnte, obwohl sein Name dies verhieß: ein Ort der nachholenden Begegnung mit jenen Generationen vor den jeweils Lebenden, die für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit einstanden. Für das Zurückholen von Geschichte ins öffentliche Bewußtsein könnte ein solches Projekt viel lernen vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn und vom Zeitgeschichtlichen Zentrum in Leipzig: wie Ernsthaftigkeit zum Vergnügen werden kann, und Vergnügen sich mit Ernst zu verbinden weiß.

Nach zehn Jahren haben wir vereinten Bundesbürger es immer noch schwer, einfach und unverkrampft mit unserer Hauptstadt umzugehen. Die einen putzen sich bei jeder sich bietenden oder auch nicht bietenden Gelegenheit als emphatische New Berliner heraus, obwohl sie sächsisch, rheinisch, schwäbisch, Ruhr-Deutsch oder irgendein Hochdeutsch sprechen (bayerisch findet man selten); andere laufen wie melancholisierte Bedenkenträger herum in der Furcht vor der Rückerinnerung, daß Berlin ja auf Sand gebaut worden ist. Die verbreitete Unsicherheit darüber, was man als Bürger dieser Republik, die sich so gerne die ›Berliner‹ nennen möchte, von Berlin erwarten kann, hängt damit zusammen, daß Berlin nach 1990 so vielerlei angedient worden ist, was es werden und einmal sein könnte: Visitenkarte des vereinten Deutschland (wie Exkanzler *Kohl* meinte), New Berlin nach postmoderner Machart oder sogar Global City.

Spiegelverkehrt zu den Erwartungen fielen die Befürchtungen aus. Warum denn so angestrengt zurückkehren zu dem angeblichen Glanz von Gründer- und Goldenen Jahren, und warum so anhaltend eine Tradition erfinden wollen, die doch wie Preußen keine mehr für uns sein dürfte, und warum immer wieder im 19. Jahrhundert die vermeintlich besseren Zeiten suchen? Das alles reflektiert die Uneindeutigkeit des politischen Selbstverständnisses der erweiterten Republik, noch keine wirklich vereinte zu sein, und manchmal erscheint einem die Identitätssucherei bereits als ein Akt der Verzweiflung. Da kommt es denn auch zu beinahe unvermeidbaren Schiefungen, wenn eine Art ›Goldenes Zeitalter‹ Berlins entworfen wird, das es nie gegeben hat; denn kulturell manifestierte sich die goldene Zeit nach Vorläufen im Kaiserreich nach der Wende zum 20. Jahrhundert in der Weimarer Republik, und architektonisch ist sie wohl im Preußen des 18. und 19. Jahrhunderts zu finden. Bei solcher Suche nach Möglichkeiten des Andockens an frühere historische Welten bleibt wieder einmal außen vor, daß es auch eine andere Geschichte, nämlich die des anderen Deutschland gibt: Aufklärung, Klassik, Humanismus, emanzipatorische Philosophie und demokratische Freiheitsbewegungen, nicht zuletzt die, welche die Kultur der Arbeiterbewegung historisch manifest gemacht hat. Wer so eindimensional mit der Geschichte umgeht, die so vieles, was in Berlin gebaut wurde und noch wird, vermittelt, darf sich nicht wundern, daß das betriebsame Baugeschehen im Vereinigungsboom keine wirklich neue kulturelle Dimension hervorgebracht hat, wie kein Geringerer als *Daniel Libeskind* bemerkt hat.

Vielleicht wäre es sinnvoller und realistischer, sich nicht einzubilden, Berlin könnte eine der Kapitalen des 21. Jahrhunderts werden, sondern es sich als eine ganz gewöhnliche Hauptstadt zu denken, eine Hauptstadt, die noch dazu in der Lage ist, sich nach Westen geneigt zu einem bedeutenden Wissenschafts- und Kommunikationsstandort zu entwickeln, und nach Osten blickend zu einer ebenso bedeutenden Blaupausenagentur. Schließlich vermag Berlin mehr und intensiver als jede andere deutsche und manche europäische Großstadt sich als ein sozio-kultureller Schmelztiegel zu bewähren, zählt man die Häupter seiner Türken, Polen Russen usw. Und so gesehen, könnte von Berlin ausgehend die Hauptfrage nach unserer nationalen Identität zu einer Nebensache werden. Die Zeitalter der

Nationalstaatsbildungen sind vorbei. Letztmals zu einer verspäteten Nation uns zu bilden »Ihr hofft es, Deutsche, vergebens. Bildet, Ihr könnt es, desto freier zu Menschen Euch aus«, so rieten Goethe und Schiller 1797 in den Xenien des Musenalmanachs.

Vielleicht gelingt ja das Ausbilden der Deutschen zu Menschen hier – in Berlin, mit Berlin, durch Berlin?! Seit 1989/90 sind die Deutschen auf der Suche nach einer neuen nationalen Identität. Die anfängliche Befürchtung, daß Deutschland mit Berlin in eine Art Größenwahn verfallen könnte, hat sich gelegt. Die Hoffnung, daß die politische Klasse sich in Berlin weltoffener und intellektueller geben, und die Deutschen sich in ihrem Verhältnis zueinander, untereinander und gegenüber anderen entkrampfen würden, hat sich ein Stück weit als berechtigt erwiesen. Jedenfalls scheint zum Beispiel die Bonn-übliche Abschottung nach Gaststätten (wie einst 1848), denen man/frau sich zuordnen durfte, überwunden; man/frau aus Politik, Medien, Wissenschaft und Kultur reden bei ständig sich häufenden Gelegenheiten wieder miteinander; die demokratische Gesellschaft wird offen; bedenklich wäre nur ein Verlust an Bindekraft für die politischen Institutionen – die Bemerkung eines Journalisten über *Schröders* Räterepublik war ja mehr als bloß ein guter semantischer Treffer.

Die zunächst irritierende Suche nach neuen historischen Zäsuren: 1989/90, das Jahr der ›friedlichen Revolution‹ und der deutschen Vereinigung statt 1933 oder 1945 scheint überholt. Fast wie erlöst hatten ja einige Historiker und Publizisten den Beginn der deutschen »Normalität« verkündet; einige hatten sogar gemeint, man könnte – wiederum endlich – von Auschwitz »wegsehen«. Wer deswegen einige Bedenken hatte, dem half *Kurt Sontheimer* mit der Feststellung, daß noch bestehende Unterschiede zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn »doch überwölbt (werden) von einer gemeineuropäischen modernen Normalität, in der nun endlich auch die Deutschen ihren Platz und ihre Rolle gefunden haben.«

Vor allem *Jürgen Habermas* hat darauf beharrt, daß es keine deutsche Normalität geben kann, daß 1933 und 1945 *die* Zäsuren für den deutschen Zivilisationsbruch bleiben. Aus dieser Sicht kann eine deutsche ›Normalität‹, sich symbolisch verdichtend in dem Begriff der ›Berliner Republik‹, nur entstehen im Lichte der Singularität der Geschichte Deutschlands. Aus dieser Sicht gewinnt dann das Mahnmal zum Gedenken an die ermordeten europäischen Juden, mag es ohne Anbindung an einen historischen Ort sein und ohne Beziehung zu anderen Orten des Gedenkens errichtet werden, seine eigenständige Historizität: Es könnte sich »wie eine Art Kainsmal in die Züge der Berliner Republik einprägen« (*Frank Brunssen*).

Wenn es wirklich so ist, und manches spricht dafür, daß heute viele Deutsche vorwärts schauen wollen, ohne die Vergangenheit zu vergessen, hätten sie die Sackgasse Nationalstaat, die *Ralf Dahrendorf* nicht müde wird, als Grundlage auch des neuen Europa anzupreisen, vermieden, und es gäbe Grund, die Weigerung, ›stolz‹ auf Deutschland sein zu sollen, aufzugeben. Dann mag man sich auch darüber beruhigen, daß der sogenannte rheinische Kapitalismus wie der real existierende Sozialismus an sein Ende gelangt ist – jenes sozialstaatlich abgefederte Bündnis von Politik, Industrie und Banken,



und es auch das »kleine praktische Westdeutschland mit dem Arbeitnehmer als Lichtgestalt eines beispielgebenden Modernisierungspfad« (wie sich *Heinz Bude* ausdrückt) nicht mehr gibt. Globalisierung zumindest der Finanzmärkte und der EU-Binnenmarkt nötigten den langen Abschied auf, und die Hinwendung zu neuen Strukturen.

Dazu gibt es offensichtlich schon die ›Macher‹: nicht mehr die nun schon uralte Aufbaugeneration, auch nicht mehr die bedenkenträgerrische Auschwitz-Generation, ebenfalls nicht mehr die 68er-Protestgeneration, die die Chefs von heute stellt, sondern die »Generation Berlin«, wie *Bude* sie beschreibt. Das sind die unternehmerischen Wirklichkeitsmenschen zwischen Ende Zwanzig und höchstens Anfang Vierzig, die jetzt innerhalb der Spanne ihres Lebens etwas schaffen wollen, denen jede Metaphysik und alle Ethik-Debatten nichts sagen, deren Pragmatismus jedoch nicht unreflektiert daherkommt. Interessant ist zum Beispiel, folgt man *Bude*, die alte Bundesrepublik (West) als ›Pufferstaat‹ zu verstehen, »der eine zivilisatorische Distanz zur nationalsozialistischen Vergangenheit schafft«. Diese Vergangenheit ist folglich nicht der Vergessenheit anheimgegeben; zwar ist die Auseinandersetzung mit ihr kein politisches Gestaltungsmoment mehr, wird aber zukunfts politisch gewichtet.

Nehmen wir an, daß diese »Generation Berlin«, die die Berliner Republik gestalten will, kein gedankliches Konstrukt ist, sondern Realitätsgehalt besitzt, dann stellt sich die für Berlin äußerst beunruhigende Frage, was wird, wenn die »Generation Berlin« weiterzieht in Richtung Mitte Europas, nach Düsseldorf, Brüssel, London? Was wird dann aus Berlin, das dann an der Peripherie des Herzens von Europa liegt?

#### Literatur

- Brunsen, Frank: Das neue Selbstverständnis der Berliner Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« 1-2 (12. Januar) 2001.
- Bude, Heinz: Generation Berlin, Berlin 2001.
- Buddensieg, Tilmann: Staatsgestalt und Baugestalt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 5. 2001.
- Dieckmann, Christoph: Der sterbende Schwan, in: Die Zeit vom 19. 4. 2001.
- Flierl, Bruno: Berlin baut um – wessen Stadt wird die Stadt? Berlin 1998.
- Flierl, Bruno: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht, Berlin 1998.
- Grebing, Helga: Was geht uns Berlin an? Eine Kritik der traditionalistischen Gestaltung unserer Hauptstadt. Göttinger Sudelblätter, herausgegeben von Heinz-Ludwig Arnold, Göttingen 1995.
- Höfer, Max A.: Die »Berliner Republik« als Kampfbegriff, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« 6-7 (2. Februar) 2001.
- Libeskind, Daniel: Die Bosheit des Banalen, in: Süddeutsche Zeitung vom 15./16. 1. 2000.
- Pau, Petra/Freundl, Carola/Flierl, Thomas: Von der Stadtmitte zum Bürgerforum. Thesen zur zukünftigen Entwicklung und Gestaltung der Spreeinsel zwischen Staatsratsgebäude und Lustgarten und zum Umgang mit dem Palast der Republik. Manuskript des Pressegesprächs vom 18. 4. 2001.
- Scharenberg, Albert (Hrsg.): Berlin: Global City oder Konkursmasse. Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Mauerfall, Berlin 2000.
- Sontheimer, Kurt: Berlin schafft keine neue Republik – und sie bewegt sich doch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« 1-2 (12. Januar) 2001.
- Welch Guerra, Max: Hauptstadt Einig Vaterland. Politik und Planung zwischen Bonn und Berlin, Berlin 1999.